

Die Beschlüsse der 21. Tagung des ZK im Dorfe verwirklichen

Einen hervorragenden Platz nahmen auf dem 21. Plenum des ZK die Beratungen über die Fragen der politischen Ökonomie und unserer Wirtschaftspolitik ein. Die hierzu in dem Referat des Genossen Walter Ulbricht gegebenen Richtlinien sind nicht etwa nur für die Verbesserung der Arbeit der Partei und des Staatsapparats in den Städten bedeutungsvoll, sondern sie sind gleichermaßen richtunggebend für die ländlichen Parteiorganisationen und die Genossen in den staatlichen Organen und Massenorganisationen, die für die Arbeit auf dem Lande in erster Linie verantwortlich sind.

Bereits auf dem IV. Parteitag wurden die Grundsätze unserer ökonomischen Politik dargelegt, die davon ausgehen, daß wir uns in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus befinden. Das 21. Plenum hob besonders hervor, daß dieser Übergang durch die politischen und ökonomischen Bedingungen, die sich aus dem gespaltenen Deutschland ergeben, besonders kompliziert sind, daß jedoch ungeachtet dessen auch in unserer Republik die ökonomischen Gesetze der Übergangsperiode Gültigkeit haben und in Zukunft besser als bisher beachtet und ausgenutzt werden müssen.

Wie bereits der IV. Parteitag feststellte, besteht die politische Hauptaufgabe in unserer Republik beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft. Dieses Bündnis ist die feste Grundlage unseres Staates. Seine Herstellung und Festigung ist der größte Erfolg unserer Partei seit 1945. Der Zusammenschluß der Arbeiter und werktätigen Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik ist der feste Garant für die Lösung der politischen und ökonomischen Fragen, die sich beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ergeben. Dieses Bündnis ist darüber hinaus das stärkste Kraftzentrum für die Erringung der Einheit unseres Vaterlandes. Deshalb kommt es besonders darauf an, bei der Verwirklichung der Beschlüsse des 21. Plenums darauf hinzuwirken, daß diese unerschütterliche Grundlage unserer* Republik ständig weiter gestärkt und gefestigt wird.

Das Bündnis der Arbeiterklasse mit der werktätigen Bauernschaft beruht auf den engsten ökonomischen Beziehungen der sozialistischen Industrie zu den Genossenschafts- und werktätigen Einzelbauern. Es ist deshalb besonders notwendig, durch eine weitere Steigerung der Industrieproduktion die Voraussetzungen für die noch schnellere Entwicklung der Landwirtschaft zu schaffen, um dadurch dazu beizutragen, das Bündnis zu festigen und zu erweitern. Dieses Bündnis ist jedoch keine einseitige Sache.

Aufgabe der werktätigen Bauern ist es, durch schnellere Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, durch Erhöhung der Marktproduktion die wachsenden Bedürfnisse der Arbeiterklasse und der städtischen

Bevölkerung sowie der Industrie schneller und besser als bisher zu befriedigen.

Es ist ein auch durch die Entwicklung in unserer Republik unwiderlegbar bewiesener Grundsatz des Marxismus-Leninismus, daß auch bei der größten Hilfe durch die Arbeiterklasse die werktätigen Bauern ihr Leben erst grundsätzlich durch den Zusammenschluß zu sozialistischen Genossenschaften verbessern können. Nur auf diese Weise ist es möglich, die Enge der bäuerlichen Einzelwirtschaften zu sprengen und die Vorteile, die die sozialistische Großproduktion sowie die Hilfe, die der Staat der Arbeiter und Bauern bietet, voll auszunützen.

Die große Aufgabe besteht darin, die bereits bestehenden landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften wirtschaftlich-organisatorisch so zu festigen und dadurch den Wohlstand der Genossenschaftsbauern so zu heben, daß die Einzelbauern die Vorteile dieses Weges für ihr Leben erkennen und daß in ihnen selbst das Bestreben zum genossenschaftlichen Zusammenschluß erwacht.

Auf der III. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivistinnen der LPG in Leipzig wurde über den Wunsch einiger Großbauern, Mitglieder der Genossenschaft zu werden, diskutiert. Wenn sich diese Großbauern bisher loyal zu unserem Staat verhielten, ihren Verpflichtungen immer nachgekommen sind, besteht die Möglichkeit, daß sie auf Beschluß der Mitgliederversammlung in die Genossenschaft aufgenommen werden können. So entschieden die Delegierten auf der Konferenz. Unsere Arbeiter- und Bauernmacht hat immer betont, daß alle aufbauwilligen Kräfte bei uns eine Perspektive der friedlichen Arbeit und des Wohlstandes haben. Wir geben ihnen die Möglichkeit, daß sie sich an unserem friedlichen Aufbau beteiligen können. Dagegen ist der westdeutschen Bauernschaft durch den Kriegskurs Adenauers eine Perspektive des wirtschaftlichen Ruins und des Massengrabes gegeben. Das ist der Unterschied, den sich alle nationalgesinnten Deutschen vor Augen halten sollten.

Genosse Ulbricht betonte aber auf der Konferenz in Leipzig: „Wir wissen, daß es bei solchen Aufnahmen (gemeint sind die Aufnahmen von Großbauern in die LPG, d. Red.) eine Reihe komplizierter Fragen und auch gewisse Gefahren gibt.“ Um diese Fragen zu lösen, die Gefahren zu erkennen und ihnen zu begegnen, müssen die Parteiorganisationen der Kreise und die Politabteilungen der MTS unseren Genossenschaften noch größere Aufmerksamkeit als bisher zuwenden. Es gilt, die Parteiorganisationen der LPG zu stärken, damit sie die Einhaltung des Statuts überwachen und die innergenossenschaftliche Demokratie entwickeln.

Betrachtet man unter dieser Aufgabenstellung die bisherige Arbeit der ländlichen Parteiorganisationen, des Staatsapparats und der Massenorganisationen, so ergibt sich bei der Auswertung des 21. Plenums die Schluß-